

durch ihre Geistform, so daß die menschliche Vermittlung nur der akzidentell mit ihr verbundenen Leiblichkeit zuzuordnen ist, so daß Gott und Kirche sozusagen arbeitsteilig vorgehen und nur in einer prästabilierten Harmonie zusammenkommen? Oder gehört zum geistigen Selbstvollzug der Person wesentlich ihre Materialität als äußere und innere Bedingung hinzu, so sie sich immer erst im Kommunikationsprozeß von Sprache, Sinnlichkeit, Geschichte, Gesellschaft zu sich selbst als geistleibliches Ich vermitteln muß? Dabei ist sie jedoch mehr als die Summe und das Ensemble der vermittelnden Akte, weil die personale Form dem Menschen konstitutionell vorgeben, wenn sie sich auch erst in der mitmenschlichen Kommunikation reflex und produktiv einholt als konkrete Freiheit und unbeschränkte Offenheit auf die Transzendenz, auf die sie sich intentional bezieht. Bei der Selbstmitteilung Gottes kann man nicht an ein immaterielles Fluidum denken, durch das Gott den menschlichen Geist von oben oder von innen anrührt. Auch in seinen subtilsten geistigen Funktionen ist der Mensch an das materielle Medium gebunden. Es gibt kein materiefreies, geistiges Reduit, in das Gott rein geistig eintritt ohne allen Bezug zur Welt. So begegnet Gott nur in kreatürlicher Vermittlung, weil der Mensch Ihn nur so aufnehmen kann. Wegen der substantiellen Einheit des geistigen und materiellen Prinzips, die das Wesen des Menschen ausmacht, lassen sich die personale Unmittelbarkeit zu Gott in Glauben und Liebe und die geschichtliche, menschliche, d.h. kirchliche Vermittlung mit der definitiven Selbstzusage Gottes an uns in Jesus Christus prinzipiell nicht trennen.

Aber die kirchlich-sakramentale Vermittlung ist nicht ein Tun, das in einem von ihr getrennten Ergebnis schließlich die personale Begegnung mit Gott bewirkt. Hier gibt es kein bloßes Neben- und Nacheinander, sondern nur die von Gottes inkarnatorischer Gegenwart schon getragene Vermittlung in die Unmittelbarkeit. Der Christ ist zu-

gleich Glied der Kirche und darin Partner Gottes, d.h. aber auch in gut katholischem Sinn Subjekt der Heilsgemeinschaft und nicht abhängiges Objekt der heilsmittlerischen Transmissionstätigkeit der Bischöfe, wie *Eilert Herms* meint (a. a. O. S. 135), wenn auch der Glaubende verwiesen ist an die sichtbare *Communio* als der dem Menschen entsprechenden Weise einer *Communio* mit Gott, der nur in der Menschheit Christi Jesu für uns gegenwärtig ist (vgl. 1 Tim 2,5). Die geistliche Gemeinschaft konkretisiert sich in *nur der* Gemeinschaft, die auch geschichtlich von Jesus Christus herkommt. Sie vollzieht sich in den von ihm „gestifteten“ Grundakten der Verkündigung, der Taufe, des Herrenmahls, des gemeindlichen Lebens und der apostolischen Sendung derer, denen der Dienst der Versöhnung aufgetragen ist, die an Christi Statt stehen und durch die Gott uns mahnt, sich mit ihm versöhnen zu lassen (vgl. 2 Kor 5, 18 ff.). Das Amt ist so ein wesentliches Aufbaumoment der Kirche als soziologisch-geschichtlich faßbarer Gesellschaft. So ist es letztlich kein Zufall, daß nach Überwindung fast aller Kontroversen gerade die Frage nach der apostolischen Sukzession als einem kirchenbildenden Element in den Blickpunkt rückt. Hier spitzt sich das Problem des inneren Zusammenhangs von göttlich-inkarnatorischem Heilswirken und seiner *für uns* notwendigen Vergegenwärtigung in einer empirisch-soziologischen Realität noch einmal zu. Es wird zu einem Kriterium der Einheit der Vermittlung mit der Unmittelbarkeit.

Von einem kontradiktorischen Widerspruch kann freilich auch hier keine Rede sein. Es gilt aber, die Spannung in der Verhältnisbestimmung der beiden Momente, an denen evangelische und katholische Ekklesiologie gemeinsam festhalten, zu einem besseren Ausgleich zu bringen, wobei besonders gewisse Vorentscheidungen im Seinsverständnis und der Ontologie der geistleiblichen Person bewußt in den Dialog einbezogen werden müssen.

Gerhard L. Müller

## Das „C“ in der Politik

### Zu einer Tagung in Tutzing

Ob die Kirche denn wüßte, was sie an der freiheitlichen Demokratie habe, fragte der Münchner Theologe *Trutz Rendtorff* beim Eröffnungsabend der diesjährigen Herbsttagung des politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing, und er zögerte dabei nicht, die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland als „ein echtes diakonisches Werk“ für die Kirchen zu bezeichnen. Voraussetzung für die darin grundgelegte Koexistenz von Staat und Kirche sei die „Säkularität des Politischen“. Die Demokratie, die den Kirchen Autonomie und Mitwirkungsrechte garantiere, sei keine Demokratie „von Gnaden der Kirche“, so wenig, wie es eine Politik „von

Gnaden kirchlicher Aktionsgruppen“ geben dürfe, erklärte *Rendtorff*, der als Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD auch die vor kurzem erschienene Denkschrift der EKD zum Thema „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“ mit erarbeitet hat (vgl. ds. Heft, S. 547).

### Gegen alle kurzschlüssigen Verbindungen

Damit war der Rahmen abgesteckt für diesen Politischen Club (den letzten übrigens unter der Leitung von SZ-Chefredakteur *Dieter Schröder*), der die Denkschrift zum

Anlaß nahm, nach der Bedeutung des „C“ in der Politik zu fragen, näherhin nach dem Selbstverständnis des Protestantismus im demokratischen Staat und seinem Verhältnis zu den Unionsparteien. Denn das Thema „Das ‚C‘ in der Politik“ ist ja keineswegs, wie eine erste Assoziation nahelegen könnte, nur als Anfrage an die C-Parteien, ihre Selbsteinschätzung und die Erwartungen an sie betreffend, gemeint. Im weiteren Sinn geht es dabei um die Beziehungen zwischen Kirche und Staat – vor dem Hintergrund des historisch belasteten Verhältnisses von Christentum und weltlicher Macht – und um das Weltverhältnis des Christen, die Frage etwa, wieweit er seine gesellschaftliche Verantwortung wahrnimmt, wieweit Laien und christliche Verbände sich ins politische Geschehen einbringen können und sollen. So äußerte sich Bundesverkehrsminister *Werner Dollinger* in Tutzing besorgt darüber, daß die Bereitschaft kirchlich engagierter Personen, in der Politik tätig zu werden, im evangelischen Bereich abnehme. Der katholischen Seite bescheinigte er hier von ihren Jugendorganisationen her eine bessere Ausgangsbasis.

Sosehr bei dieser Veranstaltung auch das politische Engagement des Christen gefordert wurde, so wenig mochten die Referenten – christliche Politiker wie protestantische Kirchenmänner – sich doch für eine kurzschlüssige Verbindung von Glaube und Politik erwärmen. Die Wege, die von der Heiligen Schrift und vom Glauben zum politischen Handeln führen, sind für sie allemal verschlungen; da nahm man schon lieber eine gewisse Vagheit der Argumentation in Kauf, als sich auf einen festnageln zu lassen. Das „Sowohl-Als-auch“, die „Nicht-Festlegung“ gefalle ihm „gar nicht so schlecht“, bekannte *Peter Hintze*, evangelischer Pfarrer und Bundesbeauftragter für den Zivildienst. Damit werde der Irrtum vermieden, als gäbe es – z. B. in der Friedensfrage – eine verbindlich-lehramtliche Aussage. Für Hintze kann der Glaube bei politischen Entscheidungen „nur das movens sein, das mich antreibt“. Wo theologische und biblische Kategorien herangezogen werden, um politisches Handeln zu begründen, geschieht dies seiner Ansicht nach stets unter einer politischen Vorgabe – wie auch jede sozialetische Begriffsbildung von einem politischen Urteil geleitet werde.

*Albrecht Martin*, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und rheinland-pfälzischer Minister für Bundesangelegenheiten in Bonn, begründete seine Abneigung gegen „scheinbar schlüssige Rezepte“ gerade von der Bibel her: nämlich mit der Komplexität ihrer Aussagen über den Menschen. Diese Ganzheitlichkeit des biblischen Menschenbildes müsse man sich bei allen politischen Entscheidungen vor Augen halten. Bezeichnenderweise – und in gut paulinisch-lutherischer Tradition – setzte Martin den Akzent dann auf die Schuldverfallenheit und Endlichkeit des Menschen, seine Existenz als „begnadeter Sünder“. „Der politisch Handelnde muß wissen“, folgerte er daraus (in Ableitung eines alttestamentlichen Textes), „daß nicht nur sein eigenes Denken und Handeln von der Bosheit bedroht ist; er muß das auch bei

den anderen voraussetzen.“ Die Vermutung liegt nahe, daß dies mehr an die Adresse christlicher (und anderer) Sozial-Utopisten gerichtet war denn an die Politiker, deren Geschäftsgrundlage doch seit jeher aus Pragmatismus und einer Portion Mißtrauen besteht. Ob also damit etwas spezifisch Christliches in die Politik eingebracht bzw. diese Maxime als Korrektiv der hierzulande herrschenden politischen Praxis sehr viel taugen würde, sei dahingestellt.

### Kirchen mit Korrektivfunktion

Daß den christlichen Kirchen im säkularen Staat eine wichtige Korrektiv-Funktion zukommt und die Grundwerte christlichen Glaubens und christlicher Kultur stets aufs neue eingefordert werden müssen, stand jedoch für Teilnehmer wie Referenten grundsätzlich außer Frage. Nicht selber Politik zu betreiben, sondern die Politiker an ihre Verantwortung zu erinnern – darin besteht nach Auffassung des ÖVP-Politikers und Vizebürgermeisters der Stadt Wien, *Erhard Busek*, die Aufgabe der Kirchen. Von den Christen erwartet er, daß sie auf „Irrlehren“ hinweisen, als da sind: der Glaube, daß die Welt durch den Menschen vollendbar sei, der Verlust des Metaphysischen und die „Häresie des Rationalen“, der alles wäg- und meßbar und schließlich auch lösbar erscheint. Auch hier geht es also zunächst um eine Desillusionierung und Entmythologisierung, darum, die „Götzen der modernen Gesellschaft“ zu entlarven und „kritische Aufklärung gegen jede Gleichsetzung von Kaiser und Gott“ zu leisten, damit der Mensch in seiner Geschöpflichkeit und Gottesebenbildlichkeit in den Blick kommen kann.

„Mut zum aufrechten Gang“ hatte Busek seine Tutzinger Ausführungen überschrieben – zeit- und kulturkritische Anmerkungen aus der Sicht eines christlichen Politikers, eines „Schwarzen“, dem der Ruf vorausgeht, im sozialistisch regierten Wien „grüne“ Politik zu machen. Die Sprachmonstren des gegenwärtigen Politjargons – vom „Minuswachstum“ bis zur „Freisetzung von Arbeitskräften“ – spießte er dabei ebenso auf wie unser pervertiertes Zeitgefühl oder die „Begehrlichkeitsneurose“ des Bürgers, die den Staat überfordere. Auch Ökologie ist für ihn „nicht einfach Ökologie“, sondern ein „Durchdenken der Genesis“, das zu einer vernünftigen Selbstbegrenzung des Menschen führen soll. Gegenüber einem allzu ausgeprägten Gestaltungswillen des Menschen und angesichts auch seiner zunehmenden Selbstaussbeutung gilt es nach Busek, wieder das „Maß des Menschen“ zu finden.

Auch Staatsminister Martin, Buseks Vorredner, hatte den Faktor Zeit ins Spiel gebracht, vom Zwang zum schnellen Erfolg gesprochen, der jede sinnvolle Planung verhindere. Wo Ungeduld den Alltag beherrsche, habe das Denken und Handeln keine Perspektive mehr, urteilte Martin und erinnerte, auch hier vom Alten Testament her argumentierend, an Gott, den Herrn der Zeit, vor dem sich jede Aufgeregtheit verbiete. Er will dies auch und gerade angesichts wachsender sozialer Ansprüche beherzigt wissen: Der in den 70er Jahren viel zu umfangreich erfolgte

„Sozialtransfer“ mache jetzt ein Umdenken auf mehr Zukunftssicherung hin notwendig. Wichtigstes Kriterium des Handelns ist demnach die Verantwortung des Menschen vor Gott. Dies sei für die Menschen früherer Zeiten auch der Angelpunkt ihres Verhältnisses zur Erde gewesen, stellte Martin fest – eine Wirklichkeit, die von einer „TA Luft“ und ähnlichen Meßskalen nicht erfaßt werden könne. Aus diesem Grund empfiehlt Martin seiner Kirche eine stärkere Rückbesinnung auf das Geschichtsbild des Alten Testaments und das dort beschriebene Verständnis von Welt, Natur und Mensch.

### Abschied von „gelernter Hilflosigkeit“

Der Vergleich zwischen Busek und Martin, der österreichisch-katholischen und der deutsch-protestantischen Variante eines politischen Konservatismus, war für die Tagung durchaus ein Gewinn. Beide sind sie gelernte Juristen, die auch in der Theologie ein wenig bewandert sind; der eine kommt aus der katholischen Jugendarbeit (und aus einer katholisch-evangelischen Mischehe), der andere hat nach eigenem Bekenntnis „viel gelernt“ bei Rudolf Bultmann, dem großen evangelischen Exegeten, was ihm bei manchen Leuten auch Ärger eingetragen hat. Leicht einzuordnen ist keiner von ihnen. Während Martin vorsichtig und bedächtig-abwägend formulierte, vor einem ständigen Hinterfragen auch der vom Menschen geschaffenen Ordnung warnte, fiel an Busek die Konsequenz auf, mit der er den „Mut zum aufrechten Gang“ Bürgern und Politikern gleichermaßen abverlangt. So sieht er in den Bürgerinitiativen, Protest- und Selbsthilfegruppen, wie sie seit Ende der 70er Jahre in Wien entstanden sind, etwas „Naheliegenderes und Selbstverständliches“, eine Abkehr von der „gelernten Hilflosigkeit“, die der Sozialstaat und vor ihm der Obrigkeitsstaat produzierten. „Institutionen bleiben nur funktionsfähig“, betonte Busek, „wenn der Bürger seine Anliegen selber einfordert.“ Und das schließt doch wohl ein, daß auch die Parteien ihre Rolle neu definieren und althergebrachte Privilegien aufgeben müssen.

Mit Recht wird man von einer Politik unter christlichem Vorzeichen erwarten können, daß sie die Prinzipien der christlichen Nächstenliebe, der Solidarität und Gerechtigkeit zu realisieren sucht. Um die Stärkeren als Verbündete der Schwächeren zu gewinnen, bedarf es nach den Worten von *Theodor Schober*, dem früheren Präsidenten des Diakonischen Werkes der EKD, nicht allein besserer Gesetze, sondern vor allem einer besseren Gesinnung, in der nicht die „Besitzstandswahrung“ als oberstes Gebot gilt. Vielmehr müßten die Bereitschaft zum Opfer und die „Phantasie des Teilens“ wieder diskussionswürdig werden. In der Sozialpolitik aber müsse eine „Verstetigung“ erfolgen und eine klare Linie gefunden werden, forderte Schober, der in seinem Vortrag Kriterien für eine „christliche Politik aus der Sicht der Hilfsbedürftigen und ihrer Verbündeten“ entwickelte.

In seinen einleitenden Überlegungen zum Wesen christli-

cher Politik wies Schober dabei, mehr fragend als anklagend, noch auf einen weiteren Aspekt hin, von dem für viele Bürger ganz entscheidend die Glaubwürdigkeit christlicher Politik abhängt: „Oder kann ‚christliche Politik‘ von den Bürgern erst dadurch erfahren werden, daß Politiker – nicht nur einer Partei – mit der ihnen anvertrauten Macht, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, mit den auf ihr politisches Handeln angewiesenen Menschen, aber auch mit ihren Mitarbeitern und sogar mit ihren Gegnern so umgehen, daß es ihnen abzuspüren ist: der Name Christi verpflichtet sie – beim Regieren und in der Opposition, beim Ja- und Nein-Sagen, beim Reden und beim Schweigen, und sogar in ihrem privaten Leben.“

### Geißler und die sekundäre Einkommensverteilung

Wäre er Präsident des Diakonischen Werkes gewesen, er hätte noch „ganz anders auf die Pauke gehauen“, meinte dazu *Heiner Geißler*, der Generalsekretär der CDU und frühere Bundesfamilienminister. Die soziale Frage stellt sich, so Geißler, heute aufgrund einer Allianz von Unternehmern und Arbeitsplatzbesitzenden, die ihre Interessen im Verteilungskampf um das Bruttosozialprodukt zu Lasten derjenigen durchsetzen, die nicht in mächtigen Verbänden organisiert sind. Benachteiligt seien dabei vor allem Familien mit Kindern, alte Menschen, Frauen sowie Dauerarbeitslose. Hier müsse der Staat über die sekundäre Einkommensverteilung – z. B. Kinder- und Erziehungsgeld, Steuererleichterungen – einen Ausgleich schaffen. Darüber hinaus bedürfe es neuer Formen der Arbeitsmarktpolitik, u. a. einer flexibleren Regelung von Arbeitszeiten und -abläufen, sowie einer qualitativen Sozialpolitik, die gezielt den wirklich Bedürftigen zugute komme und ohne Erhöhung der Gesamtaufwands ein Mehr an Gerechtigkeit erreiche.

Sogar auf einem Forum wie diesem mußte Geißler – in der Diskussion ansonsten kaum ernsthaft gefordert – eine Bresche für die Gleichberechtigung der Frau schlagen: Die Tatsache, daß er eine Diskriminierung von doppelverdienenden Ehepaaren (sowie Maßnahmen gegen sie) ablehnt – in der Praxis würde sich das ja doch nur zu Lasten der berufstätigen Frauen auswirken –, brachte ihm beim Publikum nicht nur Zustimmung ein. Ohnehin scheint die Frauenfrage für die traditionell von Männern dominierten Institutionen der Kirchen und der Parteien bis heute kaum zu existieren – und dies trotz der zunehmenden Solidarisierung der Frauen quer durch die Parteien. Der Bruch, den *Barbara Riedmüller* von der Bundeswehrhochschule in München zwischen den Frauen und der Union konstatierte, die veränderten Wertvorstellungen und Prioritäten, von denen sie sprach – sie waren der Diskussionsrunde jedenfalls keine Nachfrage wert. Wie hatte doch Peter Hintze zuvor das Verhältnis von Protestantismus und Union beschrieben: „nicht gestört, aber lebhaft“.

*Helene Maria Reischl*